

# Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes  
Werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.

Vierteljährlicher Abonnementspreis  
1 Mark für 1 Exempl., jedes weitere  
bis zu 5 Exemplaren direkt unter  
einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr.  
Oesterr. Währung.

Expedition: NW. Wandlstr. 41 bei  
A. Münchow. Alle Postanstalten  
und Zeitungs-Expeditionen nehmen  
Bestellungen an.

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

Generalrath.

Insertionsgebühr für die gewöhn-  
liche Zeile 20 Pf. = 12 Kr. Oesterr.  
Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. =  
9 Kr. Oesterr. Währ.

Für Zusendung von Offerten unter  
Chiffre durch die Redaktion resp.  
Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr.  
Oest. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Georg Berg,  
NW. Stromstraße 48.

Original-Aufsätze u. Notizen technischen u. sozia-politischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

Nr. 20.

Berlin, den 15. Mai 1885.

Zwölfter Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### 16. Vorstandssitzung vom 18. April 1885.

Tagesordnung: 1) Zuschriften; 2) Kassenbericht pro Februar und März, sowie pro 1. Quartal 1885 und Bericht des Ausschusses; 3) Bestätigung örtlicher Vorstandsmitglieder; 4) Verschiedenes.

Der Vorsteher Herr Lenz I eröffnet die Sitzung um 8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr Abends. Entschuldigt fehlen die Herren Kern und Gruner; vom Ausschuss sind die Herren Ferkle und Dollmann anwesend. Nachdem das Protokoll der letzten Sitzung genehmigt worden, wird in die Tagesordnung eingetreten.

**Punkt 1.** Den kranken Mitgliedern Wink Berlin II und Schroll Altwasser wird von den Ärzten behufs Genesung eine Veränderung ihres Aufenthaltsortes empfohlen und liegen die ärztlichen Urtheile darüber vor. Gemäß § 12 des Statuts gestattet der Vorstand demnach beiden Mitgliedern für die gewünschte Zeit (10—12 bezw. 6 Wochen) den Aufenthalt außerhalb ihres Wohnortes, jedoch haben Beide sich fortlaufend ärztlich behandeln zu lassen und den Schein von dem sie behandelnden Ärzte wöchentlich gemäß § 4 an den Ortsassessor einzusenden. — Von der Mittheilung des Hauptassessors, daß den Mitgliedern Heidecke Reuhalden leben und Nr. 1296 von Dresden Brillen gewährt wurden, nimmt der Vorstand Kenntniß. Auf die hierbei erneut gegebene Anregung aus der Mitte des Vorstandes, einen Maximalpreis für Brillen festzusetzen, wird gegenwärtig nicht eingegangen, da hierzu die Aenderung des Statuts erforderlich wäre; jedoch beschließt der Vorstand, daß in allen Fällen, wo der Preis einer Brille auf mehr als 2,50 Mk. sich stellt, die Beschaffung hier in Berlin erfolgen solle. — Dem Mitgliede Leube Rudolstadt werden auf ärztliche Verordnung 6 Näher gemäß § 10 des Statuts bewilligt. — Das am 22. November v. Js. in die Kranken- und Begräbniskasse eingetretene Mitglied Göbert Oberhausen ist nach wöchentlicher Mitgliedschaft erkrankt und am 4. April, ohne wieder zu genesen, gestorben. Da das Mitglied demnach nur 9 Wochen Beiträge gezahlt, seine auf Grund von § 9 des alten Statuts zu bestehende Karenzzeit (wonach der Anspruch erst mit 13wöchentlicher Zahlung erworben wird) also nicht bestanden hat, so wird nach längerer Debatte der Anspruch auf Sterbegeld abgelehnt. — Der Vorsitzende von Schmiedefeld hat auf Wunsch von Frauenwald dem dortigen Ortsassessor die Abschlüsse fertigt stellen lassen und liquidirt hierfür 6,50 Mk. Da der Vorstand einen Auftrag zur Beihilfe bei Fertigstellung der Abschlüsse nicht erteilt hat, so wird die Bewilligung der 6,50 Mk. abgelehnt. — In Gotha sind der Kasse durch den dortigen Vorsitzenden W. 20 Mk. Schaden zugefügt worden, was dadurch ermöglicht wurde, daß der Vorsitzende vor dem Amtsantritt des Kassiers Hanhausen ohne Wissen des Vorstandes die Kasse eine kurze Zeit verwaltet hat und dabei das Geld unterschlug. Auf die Anzeige der örtlichen Verwaltung ist der städtische W. in Hamburg durch die Behörde festgenommen worden und ist gegenwärtig in Untersuchung. Der Vorstand ist mit der sofortigen Stellung des Strafantrages nicht einverstanden, abgesehen davon, daß eine Ermächtigung dazu von hier nicht eingeholt war, hält vielmehr dafür, daß zunächst versucht werden solle, das Geld auf privatem Wege zurückzuverlangen und beschließt deshalb, an den örtlichen Vorstand in Gotha den Auftrag zur Zurücknahme des Strafantrages zu erteilen. Von W. soll dann ein entsprechender Revers eingeholt werden. — Von der örtlichen Verwaltung Sienbort liegt die in Cassen Brömel eingeforderte Be-

scheinigung, daß W. thatsächlich nach dem Tode des Arztes an einem bedeutenden Herzfehler leide, vor und ist die Sache damit erledigt. — Die vom Vorstand angeordnete ärztliche Untersuchung der Mitglieder Wink (Altwasser) und Kühn (Marbach) wegen Ausschreitungen innerhalb ihres Krankseins hat stattgefunden. Die ärztlichen Zeugnisse sind jedoch in beiden Fällen derart ausgefallen, daß ein Einschreiten gegen die Mitglieder nicht möglich ist. Der Vorstand muß deshalb hierauf verzichten, erachtet jedoch die Wiedereinführung entsprechender Schutzbestimmungen (Artikel 14a) nach diesem Vorgange um so notwendiger. — Wegen des Beschlusses des Vorstandes zu § 10, die Zahlung der Beiträge seitens erwerbsfähiger Kranker betreffend, hat die örtl. Verwaltung Altwasser auf Grund der Anfrage eines dortigen Mitgliedes eine Zuschrift nach hier gerichtet, welche der Hauptassessor bereits beantwortet hat. Eine weiter vorliegende direkt nach hier gerichtete Zuschrift des Mitgliedes (Hortel) soll der Hauptassessor in derselben Weise beantworten. — Auf eine Anfrage aus Schlierbach, ob ein nach Brüssel überbestelltes Mitglied (Scharf) in der Lage verbleiben kann, hat der Hauptassessor bejahend geantwortet und der Vorstand stimmt dem zu. — Von der Mittheilung des Herrn Kunze Fell, daß er nunmehr von dem Bezirksort Krankenkasse befreit worden sei, wird Kenntniß genommen. Eine Anfrage von Schmiedefeld (vom Kassier) ob es sich nicht empfehlen würde, für Krankenkontrolle auf gewisse Entfernungen Altimeter oder zu ziehen, hat der Hauptassessor dahin beantwortet, daß die Abschaffung des jetzigen Gebrauchs wohl vom Vorstand nicht acceptirt werden würde. Der Vorstand beschließt denn auch, es bei dem vorhandenen Gebrauche, wonach nur Arbeitsverräumniß und etwaige entstehende Unkosten zu berücksichtigen sind, zu belassen. — Wie der Hauptassessor sodann berichtet, hat sich die örtliche Verwaltungstelle Dobbern wegen zu geringer Mitgliederzahl aufgelöst. — In Bezug auf den beabsichtigten Uebertritt eines Mitgliedes der Kasse in unsere Verwaltungsstelle Bonn a. Rh. sollen erst noch nähere Erörterungen eingezogen werden. — Die Aufnahme des Mitgliedes Glaser Althaldensleben, welche der Hauptassessor, da der Arzt dieselbe nicht empfiehlt, zur Beschlussfassung vorlegt, wird abgelehnt; ebenso die Aufnahme des Mitgliedes Wachsmuth-Rohütte, der sich nach 6 Monaten wieder melden soll. — Punkt 1 ist erledigt.

Bei W. 2 betragen die Einnahmen der Hauptkasse im Februar 3296,92, die Ausgaben 2608,49, Bestand am 1. März 2187,45 Mk. Im März war Einn. „ 889,93, Ausgabe 1287,26, Bestand am 1. April 20716,67 Mk. — Alsdann ermittelte der Hauptassessor die Quartalsverichte (siehe die veröffentlichten Abschlüsse) und wird auf Grund der Berichte des Ausschusses, den Hr. Dollmann trägt, entlastet.

Zu Punkt 3 werden folgende örtl. Vorstandsmitglieder bestätigt: Altwasser: Kass. Paul Köhner; Gotha: Vorst. Nat. Baumler, Kass. und Schriftf. Jos. Kastenholz; Großschliedenbach: Kass. V. Kühn, Kass. Vorst. J. Krappmann, Kass. A. Behringer; Odr. Kass. Peter Zante (statt Zabel); Oergsdorf: Kass. Wallenberg, Kass. W. H. Zimmermann; Schlierbach: Vorst. Peter Engel; Untermain: Kass. S. Knorr (statt Zimmermann); Tiefenfurt: Vorst. G. Pfeiler, Kass. S. Besser, Kass. A. Schallm.

Zu Punkt 4 bringt der Hauptassessor die gesetzliche Bestimmung zur Sprache, wonach die örtlichen Verwaltungsstellen nur soviel Kassenbestand verwahren dürfen, als die halbe Jahresausgabe ausmacht. Verschiedene Vorschläge hatten diese Maßregel schon zur Durchführung g-

bracht. In der Debatte wird zuerst geltend gemacht, daß darunter die am besten wirtschaftenden Orte am meisten zu leiden hätten; man möge deshalb diesen nicht eher die ersparten Gelder entziehen, bis die Behörde dies besonders vom Vorstande fordere. Nachdem jedoch andere Redner darauf verwiesen, daß der Vorstand bei Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmung gegenüber etwaigen Mankos in einer Urkassse sich schwerlich werde rechtfertigen können, beschließt der Vorstand, die betreffende Maßregel als unabweisbar notwendig auch bei uns alljährlich (zum Jahreschluß) zur Ausführung zu bringen, und wird der Hauptkassirer mit der Ausführung beauftragt. — Schluß der Sitzung um 12¼ Uhr Nachts.

Der Vorstand.  
Eust. Lenz I,      Aug. Münchow,      Georg Lenz,  
Vorsteher.      Hauptkassirer.      Hauptschriftführer.

## Die Reichstagsession und die Sozialreform.

In ihrem letzten Sonntagsleitartikel stellt die Volkszeitung über obiges Thema die folgenden zutreffenden Betrachtungen an:

Seit dem Bestehen des Reiches hat es kaum schon eine Tagfahrt der Volksvertretung gegeben, welche für die breiten Massen des Volks, insbesondere für die arbeitenden Klassen, so ungünstig abschneide, wie die gegenwärtige, in ihren letzten Akten liegende Session des Reichstags. Lasten, Lasten und abermals Lasten hat sie auf den Rücken des Volkes gewälzt, ohne doch, wie es sonst wohl zu geschehen pflegte, für den neuen Laden ihm wenigstens ein altes Päckchen abzunehmen. Der Dampf der Zolltarife ist zu einer Ungeheuer gewachsen, welche die geistigen Hoffnungen der Einen, wie die schwärzesten Befürchtungen der Anderen noch weit übertrifft; dafür sind die bescheidenen Anläufe zu sozialen Reformen, welche die Thronecke verkündete, fast ganz verkümmert. Gegen das Postsparkassengesetz und die Entwürfe behufs Ausdehnung der Unfallversicherung ließ sich ja mancherlei und selbst viel einwenden; immerhin stellten sie die Gaben dar, welche die Regierung den arbeitenden Klassen zugedacht hatte, und so war es nach den im neuen Deutschen Reich herrschenden Zuständen gewissermaßen selbstverständlich, daß dieser Theil des Reichstagsprogramms ebenso zusammenschumpfte, wie der den besitzenden Klassen zugedachte Segen auswucherte. Den weitaus wichtigsten der erwähnten Mängel, die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die landwirtschaftlichen Betriebe, hat die Regierung anscheinend ohne sonderliches Herzeleid an dem eigennütigen Widerstande der Junker scheitern sehen; das Postsparkassengesetz, um welches es freilich viel weniger schade war, da es nur in sehr bedingtem und entgegenem Sinne ein sozialreformatorischer Vorschlag genannt werden konnte, ist ganz unter den Tisch gefallen, und nur die verhältnismäßig unbedeutende Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Transportgewerbe wird zum Gesetz erhoben werden. Mehr ist auf diesem Gebiete nicht geschehen. Man wird zwar wohl noch versuchen, die Postdampfervorlage und die Nachtragssetats für die Kolonialpolitik in das Kapitel der Sozialreform einzureihen, allein ein so wunderliches Unterfangen würde doch nur darauf hinauslaufen, daß man einem übermüdeten Wandersmann, über dem sich Gewitterstauer auf Gewitterstauer entladen, mit der Versicherung auf die Beine helfen wollte, in meilenweiter Ferne werde sich vielleicht ein Obdach für ihn finden.

Nun würde es aber ungerecht sein, der Regierung allein die Schuld an dem kläglichen Mißerfolge der Session auf sozialreformatorischem Gebiete zuzuschreiben. Der Reichstag selbst hat nach dieser Richtung auch nichts gethan, wo er immerhin einiges hätte thun können; er hat gleichfalls mit großen Worten begonnen, um mit einem Nichts an Thaten zu endigen. Wenn man alle oder doch fast alle Parteien mit Anträgen zur Fortbildung der Fabrikgesetzgebung vorrückend sah, so hätte man billiger Weise glauben sollen, nichts sei dringender, leichter und allseitig erwünschter, als eine Erweiterung des im Deutschen Reich bestehenden Arbeiterschutzes. Mein die Kommission, welcher diese Anträge überwiesen wurden, hat sich monatelang im Kreise herumgedreht, ohne etwas, mindestens ohne etwas Kennenwerthes vor sich zu bringen. Die hauptsächlichste Schuld daran tragen die Konservativen und Ultramontanen, denen es von jeher kein rechter Ernst um diese Dinge gewesen ist; namentlich das ewige Gerede vom allgemeinen „Normalarbeitstag“, hinter welchem nicht einmal eine irgend zureichende Kenntniß der Verhältnisse, geschweige denn ein wirklicher Wille steht, ist stets nur ein ganz gewöhnlicher Wablpuff gewesen; wirklich ans Herz gewachsen ist jenen Parteien nur die Frage der Sonntagsarbeit und diese auch nicht der Arbeiter, sondern der „Sonntagsheiligung“ und des damit verknüpften Seelenanges willen. Bezeichnender Weise hat sich denn auch die betreffende Reichstagskommission ausschließlich mit dieser Frage beschäftigt. Aber wieviel auch die Parteien der Rechten und der Mitte in dieser Beziehung gesündigt haben mögen — mit pharisäischer Selbstüberhebung darf sich die Linke deshalb doch noch nicht an die Brust schlagen. Die sozialdemokratischen Anträge verschütteten das Kind mit dem Bade; eine so gründliche und dabei doch in vielen Punkten höchst ansehnliche Lösung der Aufgabe war weder notwendig noch auch nur wünschenswerth; sobald diese Sturmflut von Rathschlägen über die Kommission hereinbrach, war das Schicksal derselben besiegelt. Gegenüber diesem Jubel that die deutsch-freisinnige Fraktion zu wenig. Niemand verlangt von ihr ein Kokettiren mit dem Sozialismus oder stellt die Zustimmung an sie, die Gegner zur Rechten und zur Linken durch noch weiter gehende Vorschläge zu übertrumpfen in dem beruhigenden Bewußtsein, daß es zur Bewirk-

lichung dieser Vorschläge doch nicht kommen werde. Aber wohl darf man beanspruchen, daß eine freiheitlich gesinnte Partei einige wirkliche Theilnahme für die Arbeiterschutzesgesetzgebung hegt und betätigt; mag sie nur ganz beschränkte Forderungen aufstellen, so muß sie hinter dieselben doch einen ganzen und vollen Ernst setzen.

Wie aber immer die Schuld sich auf die einzelnen Parteien vertheile, in jedem Falle kann es dem Ansehen des Reichstages im Volke nur wenig förderlich sein, wenn er nach einem prahlenden Anlaufe in Sachen des Arbeiterschutzes nichts als ein klägliches Trümmerwerk hinter sich läßt. Vermuthlich aus diesem Gefühle heraus hat der Abgeordnete Buhl seinen Antrag erneuert, welcher die Regierung auffordert, eine Enquete über die Fragen der Sonntagsarbeit, der Frauen- und Kinderarbeit, sowie eines Maximalarbeitslages für erwachsene männliche Arbeiter zu veranstalten. Wir haben uns über diesen Antrag bereits bei seinem ersten Erscheinen näher verbreitet; wir erkannten an, daß eine genaue und gründliche Untersuchung unserer industriellen Zustände allerdings nothwendig sei, wenn wir aus dem Flick- und Stückwerk endlich zu einer organischen Aus- und Durchbildung unserer Fabrikgesetzgebung gelangen wollten, aber wir fügten die unerläßliche Voraussetzung hinzu, daß die Arbeiter selbst bei dieser Enquete ausgiebig gehört würden und keinesfalls so bedeutungslose und heiläufige Statistenrollen spielen dürften, wie beispielsweise beim Volkswirtschaftsrath. Man weiß ja hinlänglich, wie es bei ähnlichen Gelegenheiten in Preußen-Deutschland hergeht. Arbeiter, welche auch nur entfernt im Geruche sozialdemokratischer Gesinnung stehen, werden von vornherein von der Befragung ausgeschlossen, dafür werden einzelne „gutgestimmte“ Arbeiter ausgewählt, und auf jeden dieser sorgfältig ausgelesenen Zeugen kommt dann doch noch immer ein Duzend Kommerzien- und Kommissionsräthe. Wir schlagen deshalb vor, daß sich die vom Reichstage niedergesetzte Kommission, statt bereits in den materiellen Inhalt der einzelnen Arbeiterschutzesfragen einzutreten, lieber mit genauer Aufstellung der Bedingungen beschäftigen solle, unter denen eine von Staatswegen anzustellende Untersuchung ein klares Licht über die sozialen Zustände unserer arbeitenden Klassen verbreiten könne und solle.

Diese Gelegenheit ist unwiederbringlich veräußert worden; in der Kommission hat man vorgezogen, sich gemäß den konservativ-ultramontanen Herzenswünschen nur mit der Frage der Sonntagsarbeit zu beschäftigen. Die Erneuerung des Antrages Buhl hat deshalb wohl mehr einen demonstrativen, als praktischen Zweck; er soll dem Reichstage einigermaßen den Rücken decken gegen den Vorwurf, auf sozialreformatorischem Gebiete nichts geleistet zu haben. Ob ihm dies gelingen wird, muß einstweilen dahingestellt bleiben; die deutschen Arbeiter sind politisch gebildet genug, um zu wissen, daß mit einer so allgemeinen Aufforderung, welche die Regierung erstens garnicht zu beachten braucht, und welcher sie zweitens, falls sie sie beachten will, stets so nachkommen kann, daß der Pelz gewaschen wird, ohne den Bären naß zu machen, nichts Besonderes gethan ist. Bei alledem aber ist es ganz gut, daß der Antrag nochmals zur öffentlichen Verhandlung kommt; hoffentlich nehmen die deutsch-freisinnigen Redner sich dieser Frage endlich mit lebhafterem Interesse an, als bisher und führen mit dem gehörigen Nachdruck aus, daß bei einer etwaigen Enquete nicht allein oder auch nur vorwiegend Bureaukraten und Unternehmer, sondern in erster Reihe die Arbeiter selbst mit ihren Beschwerden und Vorstellungen gehört werden müssen.

## Die Sonntagsarbeit vor dem Reichstage.

Der Deutsche Reichstag beschäftigte sich am 9. Mai mit der Frage der Sonntagsarbeit. Hierzu hatte die Kommission des Reichstages für die Arbeiterschutzesgesetze bekanntlich die Annahme eines § 106a. der Gewerbeordnung beantragt (siehe Nr. 4 der „Ameise“), wonach die Gewerbetreibenden die Arbeiter zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen nicht verpflichten und sie an Sonn- und Festtagen nicht in Fabriken, Werkstätten und bei Bauten beschäftigen dürfen.

Wir geben nachstehend die Verhandlungen kurz wieder:

Die Abg. Dr. Buhl u. Gen. beantragen, falls der Antrag der Kommission nicht angenommen werden sollte, die Vornahme einer Enquete über den Umfang der Beschäftigung von Arbeitern, über die Beschäftigung von Kindern zwischen 12 und 14 Jahren, über die Arbeitszeit erwachsener Arbeiter, über die Nothwendigkeit der Festsetzung einer Maximalarbeitszeit.

Abg. Ködiger (Sozialdem.) hält diesen Antrag für überflüssig. Eine Enquete würde die Lösung der viel diskutirten Frage nur unnöthig hinausschieben und die Arbeiter zu der Annahme veranlassen, daß der Reichstag für sie etwas Entschiedenenes zu thun nicht gewillt sei.

Abg. Dr. Lieber (Zentrum) führt die Bestimmungen vor, welche die Schweizer Kantonalgesetzgebung, sowie Oesterreich über die Sonntags- und Feiertagsruhe gegeben haben. Die Möglichkeit einer gesetzgeberischen Normirung dieser Frage sei hierdurch erwiesen, nicht minder aber auch das Bedürfnis einer solchen Normirung. — Es handelt sich bei dem Antrage der Kommission nur um die Frage der Sonn- und Feiertagsruhe. Das Recht des gewerblichen Arbeiters auf Sonntagsruhe ist nirgends bestritten worden. Ich könnte mich jetzt darauf beschränken, Sie zu ermahnen, auf Grund des umfassenden Kommissionsberichtes in die Spezialdiskussion einzutreten; nur will ich dem Einwande gegenübertreten, daß die Beschränkung der Arbeitszeit die deutsche Industrie konkurrenzunfähig machen würde — ein Einwand, der vom Herrn Reichskanzler seinerzeit gemacht worden. Ich habe

bereits früher behauptet, eine Industrie, die Konkurrenzfähig wird, wenn sie ihren Arbeitern die nöthige Ruhe vergönnt, eine solche Industrie verdient gar nicht zu bestehen.

Abg. Dr. Buhl: Wenn man auf Oesterreich und die Schweiz verwiesen hat, so darf man doch nicht vergessen, daß Erfahrungen von dort noch gar nicht vorliegen. Man darf auch keineswegs glauben, daß man mit diesem Antrage, wenn er zum Gesetze würde, dem kleinen Handwerksmeister einen Gefallen thun würde — im Gegentheil, gerade der kleine Handwerksmeister würde am meisten daran Anstoß nehmen. Ohne Weiteres wird aber dieser Antrag doch nicht Gesetz werden können und ich glaube, daß mein Antrag weit eher zum Ziele führt, als der Antrag der Kommission. Durch unsern Antrag wollen wir die Erledigung der Frage keineswegs auf die lange Bank schieben.

Fürst Bismarck: Nach meiner Meinung erscheint eine Enquete für die Frage unerlässlich. Wenn Sie den Antrag der Kommission annehmen, so wird der Bundesrath denselben wohl ablehnen müssen. Durch Ihren Entwurf würde der Arbeiter 14 Prozent des Arbeitslohnes entbehren — oder sind Sie dessen gewiß, daß der Arbeitgeber auch für die Sonntage bezahlen wird, wenn Sonntag ganz gefeiert wird? Und welche Nachteile treten für viele Industrien, z. B. für Brauereien ein, wenn die Arbeit vom Sonnabend, das Maifchen z. B., bis Montag unterbrochen wird! Aber vor Allem, wollen Sie dem Arbeiter zumuthen, auf den Sonntagslohn zu verzichten? Können Sie das, dann sind Sie, wie gesagt, „schön raus“. Dann könnten Sie sagen, der Abg. Dr. Lieber hat ein Gesetz gemacht, die Regierung hat Schuld, daß wir es nicht haben. Berechnen Sie den Ausfall, der durch den Wegfall der Sonntagsarbeit eintritt! Wird die Industrie das ertragen können? Sie meinen, wenn die Arbeiter Sonntag ausruhen, dann können sie Montag mehr arbeiten. Ja, wenn die Arbeiter aber Sonntag sich ein Vergnügen machen, dann sind sie Montag blau (Heiterkeit). Sie können doch den Arbeitern nicht vorschreiben, was sie mit ihrem Sonntage machen wollen. Die Regierung weiß gar nicht joviel, wie Sie glauben. Wir müssen nothwendig eine Enquete anstellen. Es ist ja sehr schön, wenn die Arbeiter Sonntags spazieren gehen können, und viel besser, als wenn sie in düsteren Fabrikräumen arbeiten müssen — aber wichtiger ist es doch, wenn sie überhaupt Arbeit haben. Wir können Ihrem Antrage nicht zustimmen, bevor wir nicht wissen, wie die Industrie ein solches Gesetz ertragen kann und wie die Arbeiter dazu stehen.

Abg. v. Reist-Rehow: Ich wollte, der Reichskanzler müßte, wie sehr der Arbeiter sich nach Ruhe am siebenten Tage sehnt. Die Sonntagsruhe ist die Gottesheiligung. Steht es denn in England schlechter, weil es die Sonntagsruhe hat? Sechs Tage Arbeit und einen Tag Ruhe, das ist weit fruchtbarer als sieben Tage Arbeit. Diese Sonntagsfeier aber ist nicht zu erhalten ohne staatliche Regelung.

(Schluß folgt.)

## Personal-Nachrichten.

**Höhr-Grenzhausen, Mai 1875.** Zur Reisegelbfrage! Welche Stellung nehmen die Personale des neuen Verbandes gegenüber den Kollegen, welche ihr volles Reisegeld zahlen, indes sich keiner der neuen Kassen anschließen würden, ein?

Die Personale Höhr-Grenzhausen.

Unterzeichnetes Personal giebt hiermit bekannt, daß es sich dem neuen Reisegelb-Verbande (Neustadt-Magdeburg) angeschlossen hat, zahlt jedoch dem alten Verbande weiter und will erst sehen, ob sich der neue Reisegelb-Verband bewährt.

Unterföbly b. Königsee, d. 10. Mai 1885.

Mit kollegialischem Grub

Das Formerpersonal von Möller & Dippe.

J. A.: Franz Wanderer.

## Vermischtes.

— **Porzellan-Industrie.** Die Thüringische Porzellan-Industrie hat wieder eine wesentliche Förderung durch eine neue Erfindung erhalten. Der Fabrikant Emil Haag in Lichte (Thüringen) hat ein Verfahren erfunden, Porzellan mit Wollstaub zu verzieren. Die Erfindung zeichnet sich durch Einfachheit in der Benutzung und durch unendlich viele Variationen des Effektes aus, gibt bei ihrer Anwendung den Gegenständen ein schönes sammtartiges Aussehen und eignet sich für viele Gegenstände der Porzellanfabrikation.

## Vereins-Nachrichten.

§ Zell a. S. Ortsversammlung vom 4. April 1885. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Herrn Egel um 1/2 9 Uhr in Anwesenheit von 10 Mitgliedern eröffnet. Zur Aufnahme hat sich gemeldet Julius Bruder, Dreher. Angeschlossen wurde wegen rückständiger Beiträge Wilhelm Lehmann. Dann kam die Feier des zweiten Stiftungsfestes zur Sprache und wurde beschlossen, nächste Versammlung Bestimmungen zu treffen. Am Schlusse der Versammlung wurde noch gewünscht, daß die Mitglieder die Versammlungen besser besuchen. Schluß 10 Uhr.

Wilhelm Oberl, Schriftföhrer

§ Gumburg. Protokoll vom 11. April. Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden Herrn Figur um 9 1/2 Uhr eröffnet. Nachdem Punkt 1 und 2, Geschäftliches, erledigt wurde zu Punkt 3, Aufnahme neuer Mitglieder, übergegangen. Herr Wastke (Wobbe) meldete sich zum Erwerbverein

und wird derselbe dem Generalrath empfohlen. Punkt 4, Antrag wegen Verwendung des Ueberschusses der Gewerbereinsätze zu Bildungszwecken, wurde vertagt bis zur nächsten Sitzung. In der Versammlung der Krankenkasse wurde der Schriftföhrer beantragt, den Vorstand zu ersuchen, die durch das neue Krankenkassengesetz nöthig gewordenen Abmeldeformulare bei der Krankenkassenverwaltung vorrichtsmäßig zu beschaffen. — In § 16 des Krankenkassengesetzes heißt es, bei Krankheitsfällen sind keine Beiträge zu zahlen. Es heißt aber nicht, Erwerbsfähige müssen Beiträge zahlen, folglich dessen nehmen wir zu dem in der „Ameise“ No. 12 vom Vorstand veröffentlichten Artikel Stellung. Unser Antrag lautet dahin, die bestehenden arbeitsfähigen Kranken vom Zahlen der Beiträge zu entlassen. Motiv: Die arbeitsfähigen Kranken haben durch Ausgabe für Arzt und Medizin ohnehin mehr zu tragen, als das in diesem Fall gezahlte Krankengeld beträgt wie es z. B. hier der Fall gewesen, daß ein Mitglied für vierzehntägige Behandlung einer Augenkrankheit 24 Mt. bezahlen mußte! Wir bitten hierdurch alle verehrlichen Ortsvereine, ihre Meinung in dieser Angelegenheit öffentlich kund zu geben, da doch dem Gesetz nach eine Statutenänderung nicht Sache des Vorstandes, sondern der Generalversammlung wäre. Schluß der Sitzung 1/2 12 Uhr.

D. Geibel, Schriftföhrer.

§ Meifen. Ortsversammlung vom 11. April 1885. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Herrn Peto um 7 1/2 Uhr Abends eröffnet, das Protokoll der letzten Versammlung wurde verlesen und genehmigt. Zu Punkt 1 wurden die Herren Sandholes, J. Strohl, A. Wagner, sämtlich Dreher, aufgenommen. Zum 2. Punkt erstattet das Komitee Bericht über das Stiftungsfest und theilt mit, daß kein Ueberschuss erzielt worden ist, da das Theater mit großen Kosten verbunden war. In der Kranken- und Begräbniskasse wurden nur die Kassengeschäfte erledigt, und erfolgte alsdann Schluß der Versammlung um 9 1/2 Uhr. Aug. Pause, Schriftföhrer.

§ Oberhausen. Ortsversammlung vom 12. April 1885. Der Vorsitzende Herr Junghans eröffnete die Versammlung 10 Uhr Morgens in Anwesenheit von 19 Mitgliedern. Angemeldet sind die Herrn Sieben und Möhr, übersiedelt die Herrn Marr, Willander und Beierdorf, abgemeldet Herr Reichardt und Herr Schmitz, gestorben Herr Göbert, ausgeschlossen Herr Eckl. Unter Verschiedenes wurden zwei Einladungen verlesen betreffend die Stiftungsfeste in Storum und Altraden, es wurde beschlossen, dieselben zu besuchen. Hierauf Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle, deren Tagesordnung sich wie oben erledigte. Schluß der Versammlung 11 Uhr Mittags.

Herrn Pöppinghaus, Schriftföhrer.

§ Wietzen, den 12. April 1885. In der heutigen Versammlung, welche der Vorsitzende um 8 Uhr eröffnete, erschienen 13 Mitglieder. Abgemeldet wurde das Mitglied P. Furtz und aufgenommen das Mitglied Klasschleider Göthert (in die Kranken- und Begräbniskasse). Nachdem noch der Kassenbericht verlesen, erfolgte Schluß der Versammlung um 10 Uhr.

A. Schaller, Schriftföhrer.

§ Stanowitz. Ortsversammlung vom 18. April 1885. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Herrn Grauer in Anwesenheit von 14 Mitgliedern Abends 8 Uhr eröffnet. Nachdem das letzte Protokoll verlesen und genehmigt, wurde zur I. D. geschritten. Zu Punkt 1, Geschäftliches, wurde die Angelegenheit des Verbandesfestes besprochen. Ferner haben sich die Herrn August Schneider, Benjamin Ulber, beide Dreher, und Martin Prudiz, Maler, beim Verein angemeldet. Punkt 2: Kassenbericht pro 1. Quartal 1885. Einnahme 64,39 Mt., Ausgabe 38,92 Mt., bleibt Bestand 25,47 Mt. Bildungsfond: Einnahme 3,52 Mt., Ausgabe keine, bleibt Bestand 18,44 Mt. Herr Wiesner I bittet um richtige Beförderung der „Ameise“. Schluß 9 Uhr. — Hierauf Mitglieder-Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle. Zu Punkt 1, Geschäftliches haben sich die Herrn August Schneider, Benjamin Ulber, beide Dreher, Martin Prudiz, Maler, angemeldet, ferner haben sich die Mitglieder Wagner I und Weller krank und gesund gemeldet, Prudiz ist krank. Punkt 2: Kassenbericht pro 1. Quartal 1885. Einnahme 277,19 Mt., Ausgabe 206,89 Mt., bleibt Bestand 70,80 Mt. Zuschußklasse: Einnahme 40,12 Mt., Ausgabe 20,86 Mt., bleibt Bestand 19,26 Mt. Angelegte Gelder in der städtischen Sparkasse in Strigau 255,57 Mt. Schluß 1/2 10 Uhr.

J. Veitig, Schriftföhrer.

§ Volkstätt. Ortsversammlung vom 19. April. Eröffnung Abends 8 Uhr. Da in Vereinsinteressen nichts besonders vorlag, erfolgte nach vorhergegangener Einzahlung Schluß der Versammlung.

Berichtigung. Im Märzprotokoll steht die Nr. des gestrichenen Mitgliedes falsch, sie muß heißen 3623.

Aug. Koch, Schriftföhrer.

§ Gotha. Ortsversammlung vom 22. April 1885. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden in Anwesenheit von 6 Mitgliedern Abends 8 Uhr eröffnet. Punkt 1: Neuwahl eines Kassirers. Punkt 2: Uebergabe der Kasse und Bücher an den neuen Kassirer. Punkt 3: Aufnahme neuer Mitglieder. Punkt 4: Uebersehung zweier Mitglieder. Punkt 1: Wegen Uebersehung unsers alten Kassirers Herrn Karl Hanhausen wurde, da die Mitgliederzahl nur schwach, der Schriftföhrer gleichzeitig als Kassirer gewählt. Zu Punkt 2 wurde Herr Aug. Strensch als Mitglied aufgenommen. — Karl Hanhausen und J. Roth sind nach Frankfurt a. S. übersiedelt. Karl Hanhausen wird zum Schluß noch Dank für seine Müheverwaltung als Kassirer ausgesprochen. Um 10 1/2 Uhr schloß der Vorsitzende Herr Bäumler die Versammlung. Jos. Kassenholz, Schriftföhrer.

§ Frauenwald, den 25. April. Ortsversammlung vom 12. April 1885. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Herrn Albert Rinck Nachmittags 2 1/2 Uhr eröffnet. Derselbe weist zuerst darauf hin, daß das Erscheinen sämtlicher Mitglieder in den Versammlungen nothwendig sei, und hoffe er fernerhin auf besseren Besuch. Punkt 1 der Tagesordnung: Kassenbericht des Ortsvereins pro 1. Quartal 1885. Derselbe ergab eine Gesamt-Einnahme von 66,84 Mt., Ausgabe 66,81 Mt., Bestand 11,01 Mt. In der Kranken- und Begräbniskasse betrug die Einnahme 816,05 Mt., die

\*) Dieser Fall ist ein ganz seltener, der für die Beurtheilung dieser Frage nicht maßgebend sein kann. In den allermeisten Fällen haben die arbeitsfähigen Kranken nur geringe oder gar keine Ausgaben für Arzt und Medizin (sie lassen sich vom Arzt der Fabrikasse bezahlen, welche Medizin und Arzt freigewähren muß).

\*) Die Sache soll auch einer demnächst stattfindenden Generalversammlung behufs Gutheißung des Vorstandeschlusses unterbreitet werden.

Die Redaktion.

Rechnungs-Abschluß der Organkasse pro I. Quartal 1885.

Einnahme.		Mt.	Pf.	Ausgabe.		Mt.	Pf.
An Vortrag		1047	29	Per Honorar des Redakteurs		98	00
Beiträgen der Mitglieder à 25 Pf.		657	60	Zeitungsabonnement		6	50
Beitrag der Ortsvereinskassen à 15 Pf.		385	40	Druckkosten des Organs		674	00
Privatabonnements		12	39	Expeditionsporto		236	50
Inserate, Protokolle und Bekanntmachungen pro IV. Quartal 1884		251	93	Postmaterial		16	05
Porto für Versendung des „Gewerkverein“		53	82	Allgemeine Ausgaben		1020	00
		2408	45			2046	35
Gesamtvermögen.						362	08
1000 Mt. 4% Berl. Pfdbf. 102,00		1020	00	Saldo		2408	43
Baarbestand		362	08				
		1382	08				

Charlottenburg, den 18. April 1885. Revidirt und für richtig befunden.  
 Hof. Dollmann. G. Voigt. J. Koch. F. Fette. C. Guve.

Berlin, den 1. April 1885.

A. Münchow, Hauptkassirer.

Rechnungs-Abschluß der Generalrathskasse des Gewerkvereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter pro I. Quartal 1885.

Einnahme.		Mt.	Pf.	Ausgabe.		Mt.	Pf.
Prozentsendungen		1696	60	Per Saldo		1321	74
Zinsen		158	—	Gehalt des Hauptschriftführers		135	—
Kassenbestände aufgelöster Ortsvereine		24	70	Porto		59	99
Verkaufte Werthpapiere		1020	—	Bureaubedarf und Material		205	55
Zurückgezahlte Schuld		15	35	Drucksachen		250	50
Kassenbestand von Ortsvereinen		10	—	Entschädigung für Generalrathssitzungen		9	15
Außerordentliche Einnahmen		—	60	Entschädigung für Centralrathssitzungen		6	50
		2925	25	Entschädigung für Revision der Kasse		4	35
Gesamt-Vermögen der Generalrathskasse:				Reisegeld und Diäten		74	55
6900 Mt. 4% Berl. Pfdbf. 102,00		7038	—	Unterstützung		480	—
Baarbestand		25	94	Ueberfiedelungsgelder		40	—
		7063	94	Abonnement für das Verbands-Organ		328	38
				Gerichts- und Rechtsanwaltskosten		6	70
				Aushilfe an Volkstätt, Frauenvwald		11	35
				Allgemeine Ausgaben		15	55
						2899	31
				Saldo		25	94
						2925	25

Revidirt und für richtig befunden. Berlin, den 10. April 1885.  
 F. Fette. C. Guve. Hof. Dollmann. G. Voigt. J. Koch.

Berlin, den 1. April 1885.

A. Münchow, Hauptkassirer.

Ausgabe 302,92 Mt., Restant 13,13 Mt. Bei Punkt 2 wurden die Mitglieder Traugott Kranzig, Ehrenfried Kranzig, Adolf Hohmann, Bernhard Schweitzerger, Albert Herre, Elias Pfeuffer, Carl Kahl, Christian Möller, Traugott Wiegand, Max Schmidt wegen Nichtzahlen der Beiträge vom Ortsverein ausgeschlossen. Ferner wurde das Mitglied 3481 wegen Verzug abgemeldet. Alsdann Schluß der Versammlung 5 Uhr.  
 Rudolf Grimm, Schriftführer.

3. Verschiedenes; 4. Aufnahme resp. Ausschluß von Mitgliedern. — Alsdann Versammlung der Krankenkasse. Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht pro I. Quartal; 2. Bericht des Krankenkontrolleurs; 3. Verschiedenes; 4. Aufnahme resp. Ausschluß von Mitgliedern. G. Lenß III, Schriftführer.

\* **Moabit. Generalraths- und Vorstandssitzung am Sonnabend**, den 16. Mai, Abends 8 Uhr bei Reichert, Stromstr. 48. T. D.: 1) Zuschriften; 2) Unterstützungsfachen; 3) Verschiedenes.  
 Gust. Lenß I, Vorsteher. Aug. Münchow, Hauptkassirer. Georg Lenß, Hauptschriftführer.

\* **Altwater.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 16. Mai, Abends 8 Uhr im eisernen Kreuz. Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Vortrag; 3. Wahl eines Unterassistenten; 4. Anträge und Beschwerden. — Hierauf Mitgliederversammlung der Krankenkasse. Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Vorschläge oder Beschwerden. H. Kasper, Schriftführer.

\* **Puckau.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 16. Mai, Abends 8 Uhr im Gasthof zum schwarzen Adler.  
 H. Wedebrodt, Schriftführer.

\* **Kahla.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 16. Mai, Abends 8 Uhr im kleinen Saale des Fürstentellers.  
 Albert Krause, Schriftführer.

\* **Ilmenau.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 16. Mai, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
 Carl Koch, Schriftführer.

\* **Unterhaus.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 16. Mai, Abends 1/8 Uhr im Restaurant zum Löwen. Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Kassenbericht vom I. Quartal 1885; 3. Anträge und Beschwerden. Nachdem: Krankenkassenangelegenheiten.  
 Herrmann Knorn, Schriftführer.

\* **Söhr-Grenzhausen.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 23. Mai, Abends 1/9 Uhr im Vereinslokal bei Herrn J. Jung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Die Mitglieder werden um pünktliches Erscheinen ersucht, wegen Besprechung wichtiger Vereins-Angelegenheiten.  
 Joh. Schmidt, Schriftführer.

**Amflicher Theil.**

\* Verzeichniß aufgenommenener und ausgeschiedener Mitglieder.

**A. Aufgenommene Mitglieder.**

1) In den **Gewerkverein** und die **Kranken- und Begräbniskasse** wurden unter dem 9. Mai 1885 aufgenommen:

Letzin: Schwab, Palme, Groth, Grünmann, Zobel; Schreiberhau: Vorn; Söhr-Grenzhausen: Fries; Fürstenberg: Schäfer, Oppermann, Niemeier, Knop.

2) In den **Gewerkverein** wurden aufgenommen (als Tag der Aufnahme gilt der Tag der Meldung):  
 Schreiberhau: Gläjer.

**B. Ausgeschiedene Mitglieder.**

1) Aus **Gewerkverein** und **Kranken- und Begräbniskasse**:

Ilmenau: Wöhnel; Neuhaus: Fricke; Schmiedefeld: H. Graf, Blau, Kempf, Gering, Jäger, H. Günther, Otto, Kempt II, Eger, Schmidt, Wagner, Wepler, Hofmann, Hartung, Herbst, Holland, Fuchs, Kempt III, Kint, D. Reinhard, F. Reinhard, Schneider, Wiedder, Wagner, W. Schneider, R. Schmidt, Sachs, Cwo, Wagner, Krebs, D. Schneider, Weh, F. Schneider, G. Schneider II, Machholz, A. Hartung, Häuper, Schridel, Kampf, F. Graf, F. Krämer, J. Sachs, M. Krämer II, Ertebel; Charlottenburg: Erner, Schorsch, Rosta, Grünmann.

2) Aus **Gewerkverein** und **Zusatz-Kranken- und Begräbniskasse**:

Schmiedefeld: Will.

3) Aus der **Zusatz-Kranken- und Begräbniskasse**:  
 Rehau: Krug, Fräbe.

Zur Berichtigung: In Nr. 18 der „Ameise“ ist von Rehau irrthümlich das Mitglied Schumann als ausgeschieden veröffentlicht worden; letzter ist nicht ausgeschieden, sondern nach Tiefenfurt überföhelt.

Der Generalrath und Vorstand.  
 Gust. Lenß I, Vorsteher. A. Münchow, Hauptkassirer. Georg Lenß, Hauptschriftführer.

**Versammlungskalender.**

\* **Moabit.** Ortsversammlung am **Montag**, den 18. Mai 1885, Abends 8 Uhr bei Reichert. Tages-Ordnung: 1. Besprechung über Verwendung eines vorhandenen Fonds; 2. Kassenbericht pro I. Quartal 1885;

**Sterbetafel.**

**Sitendorf.** Louis Jacobi, Porzellanformer, geb. den 7. Januar 1848, gest. den 23. März 1885, an Lungen-Tuberculose. Mitglied beider Kassen.

**Königszell.** Julius Graf, Maler, geb. am 19. 7. 1845 zu Waldbau, Kreis Bismarck, gest. am 14. 4. 1885 an Darmkatarrh und Kehlkopfleidn.

**Briefkasten der Redaktion.**

**Paul Weiße-Bresden-Neustadt.** Die Sterbetafelnotizen müssen besonders an die Redaktion eingesandt werden, in der Form, wie Sie dieselben bisher in unserem Blatte fanden. — **Otto-Schmiedefeld.** Ihre Karte vom 3. Mai traf erst am 12. hier ein; die Anzeige für den 11. d. M. war also verspätet.